

«Juristin in Regierung ist nicht so verkehrt»

Die Wikoner Gemeindepräsidentin und Kantonsrätin Michaela Tschuur tritt für die Mitte bei den Luzerner Regierungswahlen an.

Dominik Weingartner

Michaela Tschuur hat es geschafft: Sie tritt am 2. April für die Mitte bei den Luzerner Regierungswahlen an – und hat damit beste Chancen, auf dem Ticket der grössten Luzerner Partei in die Kantonsexekutive gewählt zu werden. Tschuur ist 45 Jahre alt, Gemeindepräsidentin von Wikon, Kantonsrätin, Vizepräsidentin der Kantonalpartei und Unternehmerin. Sie ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern.

Die Braui in Hochdorf war gestern Abend zum Bersten voll. 505 Delegierte der Mitte Luzern fanden sich dort ein, um einen wegweisenden Entscheid für ihre Partei zu fällen. «Immer wenn im Kanton Luzern Majorzwahlen anstehen, findet die grösste Mitte-Versammlung statt, die es in der Schweiz gibt», sagte Parteipräsident Christian Ineichen mit Stolz. Er freute sich auf einen «denkwürdigen, besonderen Abend».

Vier Frauen standen zur Wahl: Neben Michaela Tschuur waren dies die Ermenseer Kantonsrätin Claudia Wedekind, die Krienser Einwohnerrätin Michèle Albrecht und Manuela Jost-Schmidiger, Gemeinderätin von Beromünster.

Reto Wyss ist unbestritten

Der Abend versprach viel Spannung – und er vermochte diese auch zu halten. Eher unspektakulär verlief zunächst die Nominierung von Finanzdirektor Reto Wyss, der im April erneut antritt. Der 57-jährige Rothenburger, seit 2011 im Amt, war bei den Delegierten in Hochdorf unbestritten. In seiner



Michaela Tschuur wurde gestern Abend in Hochdorf für die Luzerner Regierung nominiert.

Bild: Nadia Schärli (26. Oktober 2022)

Rede warb der Finanzdirektor für ein Miteinander von Tradition und Innovation.

Erst zwei Stunden nach dem Beginn der Versammlung fand der erste Wahlgang statt. Jede Kandidatin hatte sich zuvor mit einer Rede vorgestellt. Bei Manuela Jost-Schmidiger stand diese unter dem Motto «Mensch Manuela». Michaela Tschuur

trat in den Kantonsfarben Blau und Weiss auf. Claudia Wedekind zeigte auf der Leinwand einen Stuhl und versprach eine «Politik, die sitzt». Und Michèle Albrecht brachte ein Bergsteigerseil mit auf die Bühne.

Auch Gotten und Götis hatten die Kandidatinnen. Bei Jost-Schmidiger war dies die Ruswilerin Regula Bucheli, ehemali-

ge Präsidentin der Luzerner Bäuerinnen. Tschuur schickte den ehemaligen Kantonsratspräsidenten Franz Wüest aus Ettiswil ins Rennen. Für Claudia Wedekind hatte die 16-jährige Jilin Casanova einen beachtlichen Auftritt. Brigitte Mürner, erste Regierungsrätin des Kantons, setzte sich für Michèle Albrecht ein.

Nach weiteren Wortmeldungen, die daraufhin folgten, schritten die Delegierten zur Wahl. Die Resultate des ersten Wahlgangs wurden erst nach 22 Uhr verkündet. Das Ergebnis liess die Spannung im Saal noch weiter steigen. Denn Tschuur hatte das absolute Mehr von 252 Stimmen mit 246 Stimmen nur knapp verpasst. Jost-Schmidiger holte 98

Stimmen, Albrecht 87 und Wedekind deren 72.

In Deutschland geboren, im Wiggertal daheim

Im zweiten Wahlgang war die Sache dann geritzt. Kurz vor 23 Uhr wurde das Resultat verkündet. Michaela Tschuur war mit 337 Stimmen gewählt. Im Braui-Saal brandete lang anhaltender Applaus auf, es gab Standing Ovationen. Tschuur bedankte sich bei den Delegierten für das Vertrauen und läutete gleichzeitig den Wahlkampf ein: «Wir sind noch nicht am Ziel. Jetzt fängt die Arbeit erst an.»

Tschuur hatte in ihrer Vorstellung hervorgehoben, als Juristin bestens qualifiziert zu sein für den Regierungsrat. «Eine Juristin in der Regierung ist nicht so verkehrt», sagte sie. Tschuur bekräftigte, ihre Heimat sei das Wiggertal, obwohl sie in Deutschland geboren worden sei. «Ich habe eine deutsch-schweizerische Doppelbürgerschaft, und das Gute ist, dass ich über meine Staatsbürgerschaft Bescheid weiss», sagte sie in Anspielung auf die Staatsbürgerschafts-Kontroverse um die Nidwaldner SVP-Bundesratskandidatin Michèle Blöchliger.

«Ich stehe hier oben mit Konzepten», sagte Tschuur ebenfalls bei ihrer Vorstellung. «Ich will mich mit Haut und Haaren für den Kanton Luzern einsetzen.» Sie vertrete eine jüngere Politgeneration, die aber Respekt habe vor dem, was bereits geleistet worden sei. Weiter hob sie ihre Tätigkeit im Wikoner Gemeinderat hervor. Die Gemeinde steckte vor ein paar Jahren in einer tiefen Krise. In dieser Funktion habe sie Führungserfahrung gewonnen, so Tschuur.

Verkehr vermeiden, verlagern, vernetzen

Die Luzerner Regierung hat das Mobilitätskonzept der Zukunft vorgestellt – und lehnt zwei Initiativen ab.

Reto Bieri

Wie überall in der Schweiz nimmt auch im Kanton Luzern der Verkehr auf Strasse und Schiene zu. Um die Herausforderungen in der Mobilität zu bewältigen, hat der Regierungsrat einen Planungsbericht erarbeitet. Gestern hat er das Projekt namens «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern», kurz «Zumolu», den Medien vorgestellt.

Der zuständige Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsvorsteher Fabian Peter (FDP) betonte: «Das Projekt soll die Luzerner Mobilitätspolitik umfassend darstellen. Ein intelligentes, vernetztes Verkehrssystem und eine differenzierte Betrachtung der Bedürfnisse in den verschiedenen Regionen sind entscheidend.» Während es für die Agglomeration ein entsprechendes Programm bereits gebe, fehle ein solches für den ganzen Kanton. Als Grundlage diene der Grundgedanke, dass die Verkehrsplanung in Luzern dem Prinzip «Verkehr vermeiden, Verkehr

verlagern, Verkehr vernetzen und Verkehr verträglich abwickeln» folgen soll. Die unterschiedlichen Voraussetzungen von Stadt, Agglo und Landschaft würden berücksichtigt und die Verkehrsmittel sowohl auf der Strasse als auch auf der Schiene entsprechend ihrer Stärken eingesetzt.

Als Schlüsselprojekte bezeichnete Peter den Durchgangsbahnhof und den Bypass. Laut Mobilitätskoordinator Patrick Abegg werden neu auch die Verkehrsperspektiven 2050 des Bundes miteinbezogen. Zudem ist Zumolu laut Fabian Peter abgestimmt auf die Luzerner Klima- und Energiepolitik sowie die aktuell laufende Revision des Richtplans.

Nur noch ein Planungsinstrument

Heute bestehen im Bereich Mobilität drei einzelne Planungsinstrumente: das Bauprogramm für die Kantonsstrassen, der ÖV-Bericht sowie die kantonale Veloplanung. Diese werden neu im «Programm Gesamtmobilität»

«Wir müssen den vorhandenen Platz und die Ressourcen intelligent nutzen, aber auch unser Mobilitätsverhalten überdenken.»



Fabian Peter
Luzerner Regierungsrat (FDP)

zusammengefasst. Die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen werden dem Kantonsrat in einer separaten Vorlage unterbreitet. «Wir müssen den vorhandenen Platz und die Ressourcen intelligent nutzen, aber auch unser Mobilitätsverhalten überdenken», mahnte der Inwiler Regierungsrat. Gewisse Zielkonflikte seien nicht zu vermeiden, als Beispiel nannte Peter den Bodenverbrauch. «Lohnt sich eine Umfahrungsstrasse oder ist das Kulturland wichtiger?»

Bei der Vernehmlassung im Frühling dieses Jahres wurde von bürgerlicher Seite bemängelt, das Auto werde zu wenig berücksichtigt. Fabian Peter betonte, die Wahlfreiheit des Verkehrsmittels sei weiterhin gegeben. Patrick Abegg ergänzte, man wolle der Bevölkerung das Auto nicht verbieten, es werde in ländlichen Regionen weiterhin eine starke Rolle spielen. Gemäss Fabian Peter will man zudem dem Gewerbe- und Wirtschaftsverkehr Priorität einräumen. «Die Umsetzung wird nicht einfach,

aber die Digitalisierung hilft uns hier allenfalls weiter.» Gleichzeitig mit Zumolu stellte der Regierungsrat die Gegenvorschläge zu zwei Volksinitiativen vor – zur «Anti-Stau-Initiative» der Jungen SVP sowie zur Initiative «Attraktive Zentren» der Grünen. Die Regierung lehnt beide ab. Fabian Peter sagte: «Die Anliegen der Initiativen möchten wir aufnehmen – sie gehen aber aus Sicht der Regierung in verschiedenen Punkten zu weit.»

Kantonsingenieur warnt vor Folgen der Initiative

Die «Anti-Stau-Initiative» verlangt im Wesentlichen, dass die Kapazität des kantonalen Strassenetzes nicht reduziert werden darf. Ziel des Gegenvorschlags sei der Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kantonsstrassen für alle Mobilitätsformen, nicht nur für den motorisierten Individualverkehr, sagte Kantonsingenieur Gregor Schwegler. Er warnte, mit der Initiative seien höhere Infrastrukturkosten sowie Landverbrauch zu erwarten.

Die Volksinitiative «Attraktive Zentren» strebt eine siedlungsverträglichere Gestaltung von Ortszentren entlang von Kantons- und Gemeindestrassen an. Der Gegenentwurf soll laut Schwegler die Anliegen der Volksinitiative mehrheitlich aufnehmen, aber nur für Kantonsstrassen, da man nicht in die Kompetenz der Gemeinden eingreifen wolle. Der Gegenvorschlag lasse zudem mehr Handlungsspielraum zu als die Initiative, sagte Fabian Peter.

Der Kantonsrat behandelt den Planungsbericht Zumolu sowie die beiden Initiativen voraussichtlich in der Januarsession. Erste Reaktionen gab es gestern von links: Die Grünen begrüssen die Stossrichtung von Zumolu, stören sich aber an der Unterstützung für den Bypass. Die «Anti-Stau-Initiative» sowie die beiden Gegenvorschläge lehnt die Partei ab. Die SP sagt Nein zur «Anti-Stau-Initiative» sowie dem Gegenvorschlag und unterstützt die Initiative der Grünen.